

Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren: Schulverwaltung steht jetzt in der Pflicht!

Die Freien Demokraten in Krefeld begrüßen die vom Landeskabinett beschlossene Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren. Der Landtag wird voraussichtlich noch im März die grundsätzliche Umstellung auf G9 zum Schuljahr 2019/2020 beschließen. "Die Nordrhein-Westfalen-Koalition aus CDU und FDP zieht damit einen Schlussstrich unter die jahrelange, oft emotionale Debatte zur Dauer um die Schulzeit an den nordrhein-westfälischen Gymnasien. Der nun vorgelegte Gesetzentwurf sorgt für Klarheit für die Schulen. Außerdem bietet er den Gymnasien zusammen mit Eltern sowie Schülerinnen und Schülern umfassende Entscheidungsfreiheit. Mit einem Beschluss der Schulkonferenz mit einer Mehrheit von zwei Dritteln plus einer Stimme können sich die Schulen jetzt einmalig für die Beibehaltung von G8 entscheiden. Mit der Leitentscheidung hat die Landesregierung ihren Willen zur generellen Rückkehr zu G9 zum Ausdruck gebracht und zwingt dennoch kein Gymnasium, gegen den Willen der Beteiligten vor Ort zu G9 zurückzukehren, an dem G8 gut umgesetzt und breit akzeptiert ist", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

Die Schulverwaltung stehe jetzt in der Pflicht, die Krefelder Schulen bei der Umstellung auf das Abitur nach neun Jahren aktiv zu begleiten. Die FDP-Stadtraktion fordert die Verwaltung auf, die Auswirkungen der Rückkehr zu G9 für die Krefelder Gymnasien darzustellen. "Im Sinne der Planungssicherheit für Eltern, Lehrer und Schüler wollen wir wissen, welche Gymnasien in Krefeld zu G9 zurückkehren und welche G8 beibehalten wollen. Uns interessieren mögliche bauliche, personelle und sächliche Folgen, die sich hieraus ergeben und etwaige Konsequenzen für die Krefelder Schulentwicklungsplanung", so Heitmann.

Der finanzielle Ausgleich der wesentlichen Belastungen, die sich für die Kommunen als Schulträger durch das neue Gesetz ergeben, wird in einem begleitenden Belastungsausgleichsgesetz geregelt. Hierzu werden durch das Land jetzt die Kosten gutachterlich ermittelt.